



Antrags-Nr.:
014/16

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Antragsteller: Fraktionen CDU, AUB/SUB

Antragsdatum:

11. April 2016

Beratungsfolge:	Datum		Datum
☐ Dienstberatung Rathausspitze		☐ Umwelt	
☐ Haushalt und Finanzen		☒ Hauptausschuss	20.04.2016
☐ Recht, Sicherheit, Ordnung und Petitionen		☒ Stadtverordnetenversammlung	27.04.2016
☐ Wirtschaft, Bau und Verkehr		☐ Ortsbeiräte/Ortsbeirat	
☐ Bildung, Schule, Sport u. Kultur		☐ JHA	
☐ Soziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh.			

Antragsgegenstand:

Gleichbehandlung der vom Bundesverfassungsgerichtsbeschluss betroffenen Altanschießer

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, alle rechtlichen, wirtschaftlichen und gebühreseitigen Möglichkeiten zu prüfen, um auch die bestandskräftigen Bescheide der vom Bundesverfassungsgerichtsbeschluss betroffenen Altanschießer aufzuheben und die gezahlten Beiträge zurück zu erstatten.

Begründung:

Die Gleichbehandlung der betroffenen Bürger ist wichtig, um den sozialen Frieden in der Stadt Cottbus zu bewahren.

Hagen Strese

Torsten Kaps

Beschlussniederschrift:

Gremium: ☐ HA ☐ StVV

- ☐ einstimmig ☐ mit Stimmenmehrheit
☐ laut Antragsvorschlag
☐ mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:

Anzahl der **Ja**-Stimmen:

Anzahl der **Nein**-Stimmen:

Anzahl der **Stimmenthaltungen**